

2.
2

und dem Vorstand der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR ging es auch um Fragen der Krankenhausesseelsorge. Ich denke, daß der gemeinsame Lernprozeß auch hier noch weitere Auswirkungen haben wird. Kirchliche Arbeit im diakonischen Bereich erfährt schon lange die Wertschätzung der Gesellschaft, weil sie unabhängig von ihrer weltanschaulichen Eigenständigkeit - mit dem humanistischen Grundsatz unserer Gesellschaft übereinstimmt. Ähnliches kann ich mir auch für die Krankenhausesseelsorge vorstellen. Ich sagte vorhin, daß in unserem Gesundheitswesen die Notwendigkeit der psychischen Begleitung des kranken Menschen zunehmend als Aufgabe erkannt wird. So ist im letzten Jahr ein für die medizinische Praxis bemerkenswerter Sammelband zu diesen Fragen unter dem Titel „Grenzsituationen ärztlichen Handelns“ erschienen. Dort heißt es u. a.: „Auch z. B. der Seelsorger, dem ... in der Vergangenheit oft die sozial-psychische Seite der Betreuung zufiel, erfüllte seine Funktion nicht schlechthin durch das Aussprechen weltanschaulich-ideologischer Grundthesen, sondern durch die Herstellung menschlicher Kommunikation, in der durch Zuwendung und Verständnis Ängste, Verzweiflung und das Gefühl des Verlorenseins gebannt werden“ („Die Betreuung zum Tode Kranker und Sterbender“, Ost-Berlin 1982 S. 233). Sicher wird sich christliche Seelsorge von ihrem eigenen Verständnis her mit dieser Differenzierung nicht vorbehaltlos identifizieren. Und der Aspekt der menschlichen Kommunikation und Zuwendung gilt ja keineswegs nur für den Seelsorger der Vergangenheit. Aber ich sehe hier bemerkenswerte Zeichen auf dem Wege zum gegenseitigen Verstehen. Krankenhausseelsorge und eine dem Wohl und dem Interesse des Kranken verpflichtete humanistische medizinische Ethik könnten beachtliche Gemeinsamkeiten entdecken.

DDR: Hirtenbrief 10.2.'83 zur „Eheordnung“

Berlin. Nach römisch-katholischem Verständnis sei eine christliche Ehe „unmöglich“, „wenn ein Partner schon gültig verheiratet war und sein früherer Partner noch lebt“. Dies wird in einem von der „Berliner Bischofskonferenz“ beschlossenen Hirtenbrief zur „kirchlichen Eheordnung“ bestätigt, der am 30. Januar von den Kanzeln aller katholischen Kirchen in der DDR verlesen wurde. Nicht „ökonomische oder gesellschaftliche Zweckmäßigkeiten“ bestimmten die Würde und den Wert der Ehe, sie gründe sich vielmehr „im Willen des Schöpfergottes“, der Menschenwürde und der Menschenrechte. Da die römisch-katholische Kirche weiterhin das

Prinzip der Unauflöslichkeit der Ehe betone, könne sie eine „sakramental geschlossene und vollzogene Ehe“ nicht scheiden.

Eine schwere Belastung der Ehe sei, so die DDR-Bischöfe, die Intention eines Christen, einen Ungetauften zu heiraten. In diesem Falle fehle „als tragendes Element“ die religiöse Einheit. Wenn „der nichtgetaufte Partner die Kirche ablehnt oder nachträglich eine unchristliche Weltanschauung vertritt“, werde die Belastung der Ehe noch stärker.

Ebenso sehen die katholischen Bischöfe in der DDR Probleme bei konfessionsverschiedenen Ehen. Auch hier werde „die volle Einheit und Lebensgemeinschaft der Ehegatten beträchtlich erschwert“. In diesem Zusammenhang wird auf die gemeinsame Erklärung der katholischen und evangelischen Bischöfe in der DDR vom 15. November 1971 verwiesen, in der beide Kirchen Heiratswilligen empfehlen, nach Möglichkeit einen Partner derselben Konfession zu heiraten.

Nachdrücklich verweisen die katholischen Bischöfe der DDR auf die kirchliche Eheschließung: „Wie jede Ehe unter dem Rechtsschutz der Gesellschaft steht, so muß auch die Gemeinschaft der Kirche für den Ehebund der Getauften Rechtsschutz und Rechtsordnung bieten.“ Nach römisch-katholischer Auffassung habe allein das Jawort vor dem zuständigen Pfarrer und zwei Zeugen Gültigkeit.

Jugendtreffen 20.1.'83 mit der FDJ

Berlin. Übereinstimmung herrscht zwischen der West-Berliner Evangelischen Jugend und der Freien Deutschen Jugend in der DDR (FDJ), daß alle Anstrengungen zu unterstützen sind, die eine Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa abzuwenden versuchen. Das erklärte der West-Berliner Landesjugendpfarrer Lothar Wittkopf. Er war Begleiter einer Delegation der Evangelischen Jugend in West-Berlin, die sich auf Einladung des Zentralrats der FDJ vom 6. bis 9. Januar zu Gesprächen mit Vertretern des staatlichen Jugendverbandes in Dresden aufhielt. Die West-Berliner Delegation umfaßte 15 Teilnehmer, die als haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiter in der evangelischen Jugendarbeit tätig sind.

Die Gespräche mit den Gastgebern seien in einer sehr offenen und vertrauensvollen Atmosphäre verlaufen, meinte Wittkopf. Die gemeinsamen Beratungen zur Sicherung des Friedens in Mitteleuropa seien von den Vorschlägen und Verhandlungsangeboten der Prager Deklaration

der sozialistischen Staaten des Warschauer Paktes geprägt gewesen, die während des Studienaufenthaltes in Dresden veröffentlicht wurde.

Für den Herbst dieses Jahres ist ein Gegenbesuch einer Delegation der FDJ bei der Evangelischen Jugend in West-Berlin geplant. Der Zentralrat der FDJ hat bei Abschluß des Besuches in Dresden die Einladung ausgesprochen, auch 1984 wieder eine Delegation der Evangelischen Jugend aus West-Berlin in der DDR zu empfangen. Landesjugendpfarrer Wittkopf sieht in der kontinuierlichen Fortsetzung dieser Jugendbegegnungen einen Beitrag zu einer Friedensarbeit, wie sie gerade in West-Berlin notwendig ist.

Zum Besuchsprogramm gehörten Gespräche mit Vertretern der Bezirksleitung Dresden der FDJ, ein ganztägiger Aufenthalt im VEB Elektroschaltgerätewerk Dresden mit Informationen über den polytechnischen Unterricht, die Lehrlingsausbildung, den Einsatz von Behinderten in der Fertigungstage des Betriebes im Rahmen eines Rehabilitationsprojektes und die Bedeutung der Mikroelektronik im Produktionsbereich. In Gesprächen mit Vertretern des Friedensrates der DDR und Mitgliedern des Hauptvorstandes der CDU wurden insbesondere auch Fragen des kirchlichen Friedensengagements und der Zusammenarbeit von Christen, Humanisten und Kommunisten bei der Friedenssicherung besprochen.

Evangelische Information **Keine Einigung über Erziehungsfragen 20.1.'83**

Berlin. Der evangelische Kirchenbund in der DDR hat erneut die Erwartung geäußert, daß es über die Probleme junger Christen und ihrer Eltern in den staatlichen Bildungseinrichtungen zu einer Verständigung mit den Verantwortlichen der „Volksbildung“ kommt. In dem Anfang Dezember vergangenen Jahres mit dem für Kirchenfragen zuständigen Staatssekretär Klaus Gysi geführten Gespräch, zu dem der Kirchenbund jetzt erstmals öffentlich Stellung genommen hat, war eine Klärung der Probleme offenbar nicht erreicht worden. Wie es in einer jetzt veröffentlichten Pressemitteilung des Kirchenbund-Sekretariats über die jüngste Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in Ost-Berlin heißt, sei das Gespräch zwar sinnvoll gewesen, es seien aber zu diesen Fragen „weitere Gespräche erforderlich“.

Mit der Einladung zu dem Gespräch, das von staatlicher Seite unter das Rahmenthema „Sozialistische Lebensweise“ gestellt war, und an dem auch ein Vertreter der Akademie der Gesellschaftswis-

senschaften beim SED-Zentralkomitee teilnahm, hatte Gysi auf die seit Jahren von den DDR-Kirchenleitungen geäußerte Bitte reagiert, die bestehenden Behinderungen und Benachteiligungen für christliche Schüler und ihre Eltern grundsätzlich zu klären. Erwartet worden war dabei auch von christlicher Seite, daß in diesem Klärungsprozeß Verantwortliche des DDR-Volksbildungsministeriums einbezogen werden. In diesem Sinne hatte bereits die Synode des DDR-Kirchenbundes auf ihrer Tagung in Eisenach 1975 die Kirchenleitungen dazu aufgefordert, „Sachgespräche mit kompetenten Gesprächspartnern zu führen unter der Grundsatzfrage, wie im staatlichen Bildungssystem die Respektierung des Andersdenkenden besser verwirklicht werden kann“. Dieser Wunsch ist seither auf nahezu sämtlichen Tagungen der Bundessynode und zahlreichen Landes-synoden wiederholt worden, zumal nach der 1979 erfolgten Einführung einer neuen Schulordnung in der DDR, die die „kommunistische Erziehung“ für alle DDR-Schulen für verbindlich erklärt hat.

Wie aus der Pressemitteilung weiter hervorgeht, soll nach dem Willen der Kirchenleitungen, die erstmals unter Leitung ihres neuen Vorsitzenden, Landesbischof Johannes Hempel (Dresden), tagten, auch in diesem Jahr wieder eine Friedensdekade durchgeführt werden. Als Termin ist der Zeitraum vom 6. bis 16. November vorgesehen. Über inhaltliche Gesichtspunkte soll auf der Klausurtagung der Kirchenleitungen Anfang März beraten werden. Zugestimmt hat die Konferenz zudem der Beteiligung des Kirchenbundes an einem Rundtischgespräch über das Einfrieren der nuklearen Rüstung, zu dem das Arbeitspräsidium der Moskauer Friedenskonferenz religiöser Vertreter eingeladen hat.

2
3

2-4

DDR: Staat - Kirche und der Widerspruch im Erziehungsziel

Heute'sches Tagesblatt

Die Sprache des Schweigens

Von Reinhard Henkys

Iljaus Gysi, Staatssekretär für Kirchenfragen in der Regierung der DDR, sitzt zwischen Baum und Borke. Seine Aufgabe ist es, den Kirchen gegenüber die Politik von SED und Regierung zu vertreten. Zu den Prinzipien dieser Politik gehört es nun seit langem, das Verhältnis zwischen dem kommunistischen Staat und den christlichen Kirchen möglichst sachlich, konstruktiv und kooperativ zu gestalten. Denn, so erklärte Honecker am 6. März 1978 dem evangelischen Kirchenbund, in der DDR soll sich jeder Bürger unabhängig von Weltanschauung und religiösem Bekenntnis geborgen, gleichberechtigt und gleichgültig fühlen. Deshalb bringe die Partei ungeachtet ihrer eigenen weltanschaulichen Festlegung auf dem Atheismus Christen und Kirchen im Lande viel Vertrauen entgegen und werde daran festhalten. Und Erich Honecker akzeptierte den von Bischof Schönherr formulierten Maßstab für das Staat-Kirche-Verhältnis. Es werde so gut sein, erklärte er dem Staatsratsvorsitzenden und SED-Chef, wie es der einzelne Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt.

Diese staatspolitische Zielsetzung bringt es zwangsläufig mit sich, daß der Staatssekretär für Kirchenfragen immer wieder genötigt ist, sich innerhalb von Partei und Regierung zum Anwalt der Kirchen zu machen. Das ist immer dann und immer dort erforderlich, wo staatliches Handeln gar zu kraft von der Ausgleich anstrebenden kirchenpolitischen Linie der Partei abweicht, und das ist fast durchgängig in den Schulen der Fall, oder, um es in DDR-Deutsch zu sagen, im Volksbildungssektor. Und hier stößt Klaus Gysi ebenso wie schon sein Vorgänger Hans Seigewasser regelmäßig an seine Grenzen.

Gewiß, wo ein Bischof beschwerdeführend bei Gysi Roß und Reiter nennen kann, besteht erfahrungsgemäß eine Chance für Abhilfe. Einzelfälle der Diskriminierung von Schülern wegen ihres christlichen Glaubens, ihrer kirchlichen Betätigung werden dann korrigiert, wenn die beteiligten Kinder und vor allem ihre Eltern die Zivilcourage aufbringen, den konkreten Fall unter Namensnennung zu beschreiben und sich auch durch Drohungen etwa des Schuldirektors nicht davon abbringen lassen, ihr Recht einzufordern. In solchen Fällen werden ideologisch überreifere Lehrer schon einmal Ordnung gerufen oder gar versetzt, schulische Entscheidungen oder diskriminierende Zeugnisvermerke korrigiert.

Doch belegbare Einzelfälle krasser Diskriminierung sind heutzutage die Ausnahme. Und ihre Korrektur auf Grund kirchlicher Beschwerde mit Hilfe von Gysi oder den für Kirchenfragen zuständigen stellvertretenden Ratsvorsitzenden in Bezirken und Kreisen ändert nichts an dem Grundwiderspruch, von dem das Staat-Kirche-Verhältnis in der DDR im Bildungssektor seit je belastet ist. Den pragmatischen an Staatsinteressen orientierten Zielsetzungen der DDR-Kirchenpolitik stehen die ideologisch festgelegten Ziele der Volksbindung gegenüber. Und zwischen beiden gibt es keine Brücke.

Im Gegenteil, der Volksbildungssektor scheint im Rahmen der Gesamtpolitik der SED die Funktion des Gegengewichts bekommen zu haben. Je pragmatischer der Staat DDR seine Außenpolitik und auch wesentliche Bereiche der Wirtschaft- und der Innenpolitik gestaltet, um so doktrinärer geht es an den Schulen zu.

Im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Volksbildung machen Christen vor wie nach dem 6. März 1978 die Erfahrung, daß mehr Duldung nicht zu erreichen scheint, he über die Dul-

dung religiöser Bindung von Kindern hinausgehende Respektierung, die von Honecker zugesagte Gleichachtung ihrer Glaubensprägung war bisher jedenfalls nicht zu erzielen. Zentrale Festlegungen auf das Leitbild kommunistischer Erziehung, die auf ihm beruhende neue Schulordnung und offensichtlich interne Anweisungen des Ministeriums stehen durchaus vorhandenen örtlichen Bemühungen um ein auskömmliches, auf Gleichachtung beruhendes Verhältnis von Marxisten und Christen in den Schulen entgegen.

Das also ist ein Grundwiderspruch: Auf der einen Seite das Erziehungsziel der Schule. Es sollen Persönlichkeiten entstehen, die von der kommunistischen Weltanschauung durchdrungen sind und den Marxismus-Leninismus nicht nur kennen, sondern auch bekennen. Auf der anderen Seite: Der Grundsatz der DDR-Verfassung, nach dem Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von Weltanschauung und religiösem Bekenntnis gefordert ist. Über diesen Widerspruch will die evangelische Kirche in der DDR seit langem mit verantwortlichen Vertretern des Volksbildungsministeriums reden. Der Auftrag an die Kirchenleitung, solch Gespräch zu führen, wird seit einem Jahrzehnt bei fast jeder Synodaltagung erneuert. Und ebenso regelmäßig heißt es in Kirchenleitungsberichten an die Synoden, daß man beim Staatssekretär für Kirchenfragen Verständnis für die vorgebrachten Probleme gefunden habe und daß Einzelfälle geregelt werden konnten, daß aber das Ministerium für Volksbildung sich nicht zum Grundsatzgespräch bereit finde.

Auch im Lutherjahr 1983 wird das allem Anschein nach nicht anders werden. Die DDR feiert staats offiziell den Reformator als einen der größten Söhne des deutschen Volkes. Sie ist bemüht, sein Erbe für die Gegenwart zu erschließen. Doch, daß auf Martin Luther der Plan für einen „Allgemeinen Volksunterricht“ jck-

geht, auf den die späteren staatlichen Schulordnungen mit der allgemeinen Schulpflicht aufbauten, ist bisher nicht zum Gegenstand breiter Erörterung gemacht worden. Das Volksbildungsministerium will sich sichtlich von diesem Erbe freihalten und sich gar nicht erst in Versuchung dadurch führen lassen, daß es die Nachfahren Luthers als Gesprächspartner anerkennt.

Während also Staatssekretär Gysi wie sein Vorgänger Seigewasser die kirchlichen Gesprächswünsche über Schulfragen hat ablehnen müssen, zeigt er sich seinerseits bemüht, ein Kompromißangebot zu machen. Er bot dem evangelischen Kirchenbund ein Gespräch mit Experten über die „Sozialistische Lebensweise“ an, ein Thema, das die Ideologen der SED beschäftigt. In diesem Rahmen könne auch über die kommunistische Erziehung gesprochen werden, hieß es. Auch ein solches Sachgespräch mit Kirchenvertretern zu arrangieren, scheint Gysi nicht leichtgemacht worden zu sein. Jedenfalls wurden in Aussicht gestellte Termine mehrfach abgesagt, bis es schließlich am 9. Dezember dieses Jahres klappte.

Was allerdings bei der dreistündigen Begegnung leitender Kirchenmänner mit kirchlicher Erziehungsexperten mit Staatssekretär Gysi und dem von ihm besorgten Referenten von der Akademie des Zentralkomitees der SED für Gesellschaftswissenschaften, Professor Hanke, im 37. Stock des Ost-Berliner Hotels „Stadt Berlin“ verhandelt worden ist, wissen nur die Beteiligten genau. Eine amtliche Veröffentlichung über den Inhalt, selbst ein knappes Pressekommentäré blieb aus. Nur widerwillig bestätigte der Kirchenbund fragenden Journalisten, daß das Gespräch über sozialistische Lebensweise stattgefunden hat und daß kein Vertreter des Volksbildungsministeriums dabei war.

Begegnung mit dem Judentum

3.2.1983

Amsterdamer Theologe sprach in Dresden

Angewandte Informations

Berlin. Gut vierhundert Teilnehmer nahmen am 22. Januar an einer Veranstaltung des ökumenischen Arbeitskreises mit jüdischer Beteiligung „Begegnung mit dem Judentum“ in der Dresdener Annenkirche teil, wo Prof. Jan Pieter Boendermaker von der Theologischen Fakultät der Universität Amsterdams zum Thema: „Luthers Stellung zu den Juden“ sprach. Der evangelisch-lutherische Theologe, Professor für Kirchengeschichte und Liturgie, unternahm es, den Reformator kritisch unter die Lupe zu nehmen, denn er hatte, so Boendermaker, „wie jeder Mensch, seine

und ihren Lügen“ verfaßte, die leider auch Programe gegen die Juden deckte? Abgesehen vom irrationalen Angstgefühl, das Martin Luther immer begleitete, war der Reformator ein Teil der gesamten Geschichte von Christen und Juden.

„Toleranz gab es damals nicht! Es gab einen Glaubenskampf, keinen Antisemitismus!“ Im Mittelalter habe es für bekehrte Juden sofort Frieden, keine Behinderungen gegeben. Boendermaker zitierte ein Lutherwort in diesem Zusammenhang: wenn sie (die Juden) Christus anerkennen, müssen wir sie als unsere Brüder halten. Martin Luther habe gewußt, daß Juden nahe bei Gott stehen, sie mit Jesus blutsverwandt sind, wir nicht, führte Boendermaker aus.

„Bel den Juden wachbleiben“

Während Martin Luther sich 1530 in einer Petition an den Reichstag in Augsburg noch dafür verwandte, daß die Juden im Reiche bleiben können, bekamen die Juden etwa ab 1536 von ihm keine Hilfe mehr. Der von Heilsangst geprägte Reformator fürchtete sich vor Fehlentscheidungen, auch vor der Übernahme jüdischer Gesetze durch seine Anhänger. „Und immer, wenn Martin Luther den

So aber scheint das Fäch der Kirchenleuten bestenfalls die Möglichkeit gegeben zu haben, die Themen und Fragestellungen, um die es ihnen eigentlich bei diesem Treffen ging, erneut zu Protokoll zu geben – ohne den Schatten einer Antwort. Man hat also offensichtlich aneinander vorbeigeredet. Und damit steht das von der Kirche seit Jahren geforderte verbindliche Gespräch über die Gleichachtung von Christen im Volksbildungssektor weiterhin auf der Tagesordnung des Kirchenbundes, während Staatssekretär Gysi es aus seiner Sicht als nunmehr erledigten Punkt bei sich abgehakt haben dürfte. Die erwartete kirchliche Veröffentlichung ist wohl deshalb ausgeblieben, weil man noch nicht weiß, wie man aus dieser Sackgasse herausfinden soll.

Das Schweigen gibt Anlaß zur Spekulation. Angesichts der großen Erwartungen in den Gemeinden hätte, wenn nicht die staatliche Seite, so doch jedenfalls der evangelische Kirchenbund ein Ergebnis veröffentlicht, wenn es eines gegeben hätte. Wäre Übereinstimmung auch nur in Teillaspekten des Problembereichs Christen und kommunistische Erziehung in den Schulen erzielt worden, hätte man bemüht sein müssen, das möglichst schnell den Gemeinden und der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Aber auch ein anderes Ergebnis ist denkbar, nämlich die offene Konfrontation, die Feststellung, daß SED und Staat im Bildungssektor zu keinerlei Kompromiß bereit seien. Auch soiches Scheitern hätte große Bedeutung, hätte zumindest durch die Kirche bekannt gemacht werden müssen. Auch bei früheren Gelegenheiten hat sie sich nicht geschaut, nüchtern mitzuteilen, daß die Regierung sich kirchlichen Vorstellungen gegenüber verschlossen zeigt. Man erinnere sich nur an den kirchlichen Einspruch gegen das Pflichtfach Wehrziehung.

Wenn gegenwärtig keine Bereitschaft besteht, inhaltlich etwas über das Staatskirchengespräch vom 9. Dezember bekanntzugeben, dann bleibt nur der Schluß übrig, daß Ratlosigkeit sein Ergebnis war.

Ratlos hatte sich ja schon im Vorfeld Staatssekretär Gysi gezeigt. Er konnte die von der Kirche gewünschten kompetenten Gesprächspartner für ein Thema, dessen Berechtigung nicht wegzudiskutieren ist, nicht beibringen. Er fand schließlich den Ausweg, daß er einen Referenten suchte, der die Bischöfe gewiß aufschlußreich an Problemen der Umsetzung von Ideologie ins gesellschaftliche Leben teilhaben ließ. Doch offenbar dies gleichzeitig, daß vor dem Schulsektor die ideologische Fortbildung der Parteifunktionäre haltzumachen hat, für die Professor Hanke zuständig ist. Wenn er auch nur ansatzweise die Volksbildung in seine Betrachtungen einbezogen hätte, dann hätte es dazu zu Reden und Gegenreden mit den Kirchenvertretern kommen können, und sei es nur, daß die beiderseitige Problemsicht ausgetauscht worden wäre.

Teufel spürt, ist er heftig, kann er gemeinsam schimpfen, eben wie jemand, der Angst hat“, führte der Referent aus. Das eigentlich Tragische sei, daß „Martin Luther nicht mehr auf die Kraft des Wortes vertraute, als er 1543 Maßnahmen gegen die Juden forderte.“

„Was gilt für uns heute?“ fragte der holländische Theologe. „Das Alte Testament, die Thora, ist zuallererst das Buch der Juden!“ So seien die Wurzeln, die wir Juden verdanken, ernstzunehmen. „Beugen wir uns zusammen mit den wenigen Juden, die es in Europa heute gibt, über unser Altes Testament, das ist ihre Heilige Schrift! – Wir haben, uns nicht auf die Schienen gesetzt, als die Züge in die Lager fuhren! Wenn die Juden heute mit uns reden wollen, dann ist das ein Geschenk, wofür wir nicht genug danken können. Wir müssen bei den Juden wachbleiben, nüchtern, sie nicht vertreiben. Gewiß, Amsterdam hat nie jüdische Gettos gehabt, sondern ein offenes Judenviertel. So hat Rembrandt im Judenviertel gewohnt.“ Boendermaker wies darauf hin, daß auch in Holland der Antisemitismus verbreitet gewesen sei. „Wir haben Glück gehabt, daß der Nazismus hier entstand, nicht bei uns“, bekannte er.

Sieben Kirchentage in der DDR

30.1.83
Deutsches allgemeines Sonntagsblatt
Luther unters Volk

Von Carola Wolf

Sieben regionale Kirchentage im Lutherjahr 1983 in der DDR: die Beziehungen der einzelnen Kirchentagsorte zu Luther sind höchst unterschiedlich. Im Erfurter Augustinerkloster hat Luther als Mönch gelebt, in Rostock ist er nie gewesen, in Eisleben steht sein Geburts- und Sterbehau, in Frankfurt/Oder lebte Luthers Kontrahent, der Dominikanermönch und Ablaßprediger Johann Tetzel, in Magdeburg jährt sich gerade am Kirchentagssonntag der Tag, an dem Luther auf dem Marktplatz gepredigt hat, in Dresden hat er sich einige Male aufgehalten, in Wittenberg schlug er seine 95 Thesen gegen den Ablaß an der Schloßkirche an. So verschieden die Beziehungen der einzelnen Kirchentagsstädte zu Luther sind, so unterschiedlich sind die Akzente bei den einzelnen Kirchentagen.

Während die Veranstaltungen, die das kirchliche Lutherkomitee in der DDR für Eisenach im Mai 1983 und für Eisleben und Leipzig im November 1983 vorbereitet, mehr offiziellen Charakter haben und Vertreter von Kirchen aus aller Welt vereinen sollen, während wissenschaftliche Kongresse und Fachtagungen sich an einen bestimmten Interessentenkreis wenden, kommt mit den Kirchentagen Luther unters Volk. „Luther hat mit seiner These vom Priestertum aller Getauften nicht nur das hierarchische Priestersystem der Kirche in Frage gestellt, sondern auch der Kirche der Reformation ein so kühnes Programm gesetzt, daß dessen Verwirklichung immer nur annähernd erreicht wird und den reformatorischen Kirchen als permanente Aufgabe gestellt bleibt. Mit der Losung der Kirchentage soll versucht werden, Martin Luthers Glaubenszuversicht und theologisches Erbe für evangelische Christen in der DDR als Ermütigung zu erschließen, in der sozialistischen Gesellschaft ihren Glauben zu leben und Mitverantwortung zu übernehmen.“ Das meint der Vorsitzende der Kirchentagsarbeit in der DDR, Otto Schröder.

Die Vorbereitungen laufen allerorts auf Hochtouren. Es wird mit stolzen Zahlen gerechnet. Immerhin richtet sich Dresden am Kirchentagssonntag auf rund 100 000 Teilnehmer ein. Alle Kirchentage werden auch thematisch regional vorbereitet, nur für den abschließenden Kirchentag in Wittenberg hat das Kirchentagspräsidium die Gesamtverantwortung übernommen. So sind auch die Themen der Arbeitsgruppen unterschiedlich, überall geht es aber um Grundfragen des Glaubens, das Leben in der Gesellschaft, den Brückenschlag zu denen, die anders sind, die Verantwortung für den Frieden und die Weichenstellungen für die Zukunft, um Leben in einer bedrohten Umwelt und die Rettung der Schöpfung.

Zu der thematischen kommt die organi-

satorische Vorbereitung, die ungleich schwieriger ist als bei uns. Papierbeschaffung und Druckgenehmigungen, die eingeholt werden müssen, langwierige Verhandlungen und lange Produktionsgänge machen vieles mühsam, zumal für ähnliche Größenordnungen kaum Erfahrungen vorliegen. Von den staatlichen Stellen in Berlin werden die Vorbereitungen weitgehend unterstützt, auch wenn von dort nicht die Genehmigung zur Benutzung eines öffentlichen Platzes in der Region oder die Bereitstellung von Treibstoff für Sonderbusse verfügt werden kann. Soviel steht allerdings jetzt fest: Kirchentage werden nicht nur in geschlossenen und in kirchlichen Räumen stattfinden, sondern auch mitten in den Städten und Wohngebieten und damit ein Angebot für viele sein.

Jeder der sieben Kirchentage hat seine Besonderheit. Beim thüringischen Kirchentag (12. bis 15. Mai) tagt an den ersten drei Tagen dezentral in Erfurt, Arnstadt, Gotha, Sömmerda und Weimar je eine Arbeitsgruppe. Am Samstagnachmittag beginnt dann der zentrale Teil in Erfurt. Besonderheiten hier: die betonte Kinderfreundlichkeit mit einem besonderen Programm für Kinder, eine umweltfreundliche Fahrradtour mit einem Abschlußgottesdienst im Augustinerkloster, sowie der Gemeindegottesdienst auf dem Erfurter Domplatz.

Der Rostocker Kirchentag (10. bis 12. Juni) findet in der Kongreßhalle, aber auch in Wohnzimmern statt. Die schon in Stralsund 1978 erprobte Aktion „Sei unser Gast“, bei der sich höchstens zehn Teilnehmer zum Gespräch in Wohnungen treffen, soll fortgesetzt werden. Der „Markt der Möglichkeiten“ präsentiert sich als „Kirche auf Karren“ und kann zu den verschiedenen Treffpunkten des Kirchentages bewegt werden.

In Eisleben und Frankfurt/Oder (beide Kirchentage vom 17. bis 19. Juni) finden die Abschlußgottesdienste vor dem Lutherdenkmal oder in der Freilichtbühne statt. In Frankfurt ist die Begegnung mit jungen Gästen aus Südamerika ein besonderer Akzent des Programms.

In Magdeburg (23. bis 26. Juni) wird unter anderem zu einem „Gespräch mit Bischöfen“ eingeladen.

Dresden (7. bis 10. Juli) bietet das umfangreichste Programm an: von einem Gemeindefest mit Abendmahl am Donnerstag über zahlreiche kulturelle Veranstaltungen zu einem Nachmittag für Kinder mit ihren Eltern, eine große Jugendveranstaltung, zehn Arbeitsgruppen mit Kleinstgruppengesprächen, zahlreiche Gottesdienste bis zu der Schlußversammlung auf einer Wiese im Großen Garten.

In Wittenberg (22. bis 25. September) werden die Teilnehmer schließlich „Mit Luther im Gespräch“ sein.

Zu allen Kirchentagen sind ökumenische Gäste aus aller Welt eingeladen worden, die Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche und den Freikirchen ist gut. Überall gliedern sich die Kirchentage in einen vorlaufenden Kongreß für Delegierte, an dem ökumenische Gäste in beschränkter Zahl teilnehmen können, und in einen offenen Kirchentag ab Samstagabend mit unbegrenzter Beteiligung. In der Bundesrepublik gibt es die Möglichkeit, über das Reisebüro Reisen in die DDR zu buchen, die den Besuch eines Kirchentages einschließen.

Engelische Information
Wagnis des Vertrauens 13.1.83

Als eine „Herausforderung für Kirche und Staat in der DDR“ betrachtet Gerhard Rein das Luther-Jahr. Im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ vom 9. Januar schreibt er u.a.:

In der DDR freilich ist... das Luther-Jahr eine Herausforderung für die Evangelische Kirche genau sowie für den sich als atheistisch verstehenden Staat. Öffentlicher kann die Beziehung zwischen der SED und dem DDR-Kirchenbund nicht studiert werden als 1983. Man hat in kirchlichen Kreisen der DDR 1979 ernsthaft erwogen, auf alle offiziellen Festakte zum 500. Geburtstag des Reformators zu verzichten. Im Mittelpunkt sollten allein die sieben regional geplanten Kirchentage stehen. Luther sollte unters Volk und nicht unter die Repräsentanten geraten. Durchhalten konnte man diesen ganz und gar uneitlen Plan nicht...

Die Kirchen in der DDR, sie fragen sich, ob angesichts der verschärften Klassengegensätze in der Welt Vertrauen als politisches Prinzip überhaupt noch eine Zukunft habe. Die Losung „Vertrauen wagen“ könnte insgeheim oder auch offen an die Regierung und die Funktionäre der DDR gerichtet sein: Habt nicht so viel Angst vor den Kirchen, wagt selbst einmal Vertrauen, auch den jungen Leuten gegenüber, die ein Zweig der internationalen Friedensbewegung sein wollen und die die Behinderung durch den eigenen Staat mit seinem erklärten Friedenswillen so schwer begreifen.

Informationsdienst G2W Nr. 2
1. Februar 1983

„Ach, wir, die wir den Boden
bereiten wollten für Freund-
lichkeit, konnten selbst nicht
freundlich sein.“ Diese Zeilen
aus einem Gedicht von Ber-
told Brecht müssen ja nicht für

immer gelten. Jeder DDR-
Kirchentag im Luther-Jahr
wird ein Test. Das ist schwer.
Für den Staat wie für die evan-
gelischen Kirchen.

72

DDR

Lutherjahr 1983 wird vom Staat auch zum "Karl-Marx-Jahr" proklamiert

Das SED-Politbüro hat dem ZK der kommunistischen Partei der DDR vorgeschlagen, das Jahr 1983 zum Karl-Marx-Jahr in der DDR zu erklären. 1983 jährt sich nämlich zum 100. Mal der Todestag von Karl Marx. Inzwischen sind bereits Thesen des Zentralkomitees der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983 vorgelegt worden. Im April wird eine Konferenz "Karl Marx und unsere Zeit - Der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt" nach Ost-Berlin einberufen.

Daneben laufen die Vorbereitungen für das Jubiläumsjahr anlässlich der 500. Wiederkehr des Geburtstags von Martin Luther, beispielsweise eine Ausstellung im Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin unter dem Thema "Martin Luther und seine Zeit" ab 15. Juni 1983. Es soll auch eine Biographie Luthers erscheinen, die "stärker als dies in bisherigen marxistischen Darstellungen der Fall war, der Entwicklung der Theologie Aufmerksamkeit widmet, wobei die relative Selbständigkeit und Eigenart der reformatorischen Theologie Luthers gezeigt wird".

Veranstaltungen zum Lutherjahr

Berlin. Zahlreiche Ausstellungen, wissenschaftliche Konferenzen und Festsitzungen bilden die Höhepunkte der offiziellen „Martin-Luther-Ehrung 1983 der DDR“. Dies geht aus einem Veranstaltungskalender hervor, den das Organisationsbüro des DDR-Lutherkomitees herausgegeben hat. Der Veranstaltungsüberblick ist in einer im Ost-Berliner Aufbau-Verlag erschienenen Broschüre enthalten, die die Reden und Ansprachen dokumentiert, die auf der Arbeitstagung des (staatlichen) Lutherkomitees Ende Oktober vergangenen Jahres gehalten worden sind. Das Heft enthält auch den Text der Rede von Oberkirchenrat Helmut Zeddies, der als geladener Repräsentant des kirchlichen Lutherkomitees gesprochen hatte. Der Veranstaltungskalender enthält jedoch die Termine der kirchlichen Lutherfeiern nicht.

Den Auftakt der staatlichen und gesellschaftlichen Veranstaltungen bildet die feierliche Wiedereröffnung des Geburtshauses von Martin Luther in Eisleben am

18. Februar. An diesem Tag wird auch das Sterbehaus Luthers in Eisleben, dessen Dauerausstellung von kirchlicher Seite ebenfalls grundlegend neu gestaltet wurde, wiedereröffnet. Abschluß und Höhepunkt der staatlichen Veranstaltungen ist ein Festakt am Vorabend von Luthers 500. Geburtstag am 9. November in Ost-Berlin.

Angekündigt werden in der Übersicht außerdem sechs zentrale Ausstellungen in Ost-Berlin sowie in der Wittenberger Lutherhalle und auf der Wartburg in Eisenach, wissenschaftliche Konferenzen über Luthers Bedeutung für die deutsche Sprache in Eisenach (21. bis 26. März), seine Bedeutung für die „Erbbepflege der Bibliotheken der DDR“ in Erfurt (6. bis 8. Juni) sowie eine Konferenz zum Thema „Martin Luther - geschichtliche Stellung und historisches Erbe“ in Halle (18. bis 21. Oktober). Darüber hinaus sind Festsitzungen der Stadtverordnetenversammlungen von Eisenach (23. April), Wittenberg (29. Oktober) und Eisleben (6. November) sowie ein akademischer Festakt der Martin-Luther-Universität in

Evangelische
Information
16. 2. 1983

Halle (17. Oktober) vorgesehen. Angekündigt wird schließlich noch eine öffentliche Festsitzung des Akademischen Senats der Hallenser Universität in Wittenberg (25. Juni).

Neben diesen zentralen Veranstaltungen verweist die Broschüre auf zahlreiche Vorhaben, die in den einzelnen DDR-Bezirken geplant sind - darunter allein über 30 Sonderausstellungen. Aufgeführt werden u. a. aber auch die Händel-Festspiele in Halle (10. bis 14. Juni), die Schloßspiele in Merseburg (10. bis 14. Juni), die Bach-Festwoche in Eisenach (16. bis 28. März), ein Liederfest auf der Eisenacher Wartburg (21. bis 23. Mai) und ein Colloquium des DDR-Kulturbundes zum Thema „Martin Luther - Ergebnisse heimatgeschichtlicher Forschungen und Aufgaben regionalgeschichtlicher Propaganda“ am 14. und 15. April in Erfurt. Im Zeichen der DDR-Lutherehrung stehen schließlich der Übersicht zufolge auch acht traditionelle Volksfeste in Eisenach, Wittenberg und anderen Orten der DDR.

Hempel kritisiert DDR-Fernsehen 3.2.1983

Berlin Der sächsische Landesbischof und Vorsitzende des evangelischen Kirchenbundes in der DDR, Johannes Hempel (Dresden), hat sich in einem Schreiben an die Mitarbeiter seiner Kirche darüber beklagt, daß das DDR-Fernsehen „in irreführender Verkürzung“ über seine Ansprache berichtet hat, die er bei der Entgegennahme der Ehrendoktorwürde der Leipziger Karl-Marx-Universität Mitte Januar gehalten hatte. Anstoß nahm Hempel vor allem an der Behauptung des DDR-Fernsehens, er habe in seinen „Anmerkungen zum Verhältnis von Theologie und Kirche“ erklärt, „die theologische Wissenschaft müsse dazu dienen, die kirchliche Arbeit auf den realen Sozialismus einzustellen“. Außerdem war in der Berichterstattung des DDR-Fernsehens über den akademischen Festakt in Leipzig dem Dresdener Bischof die Äußerung zugeschrieben worden, der Sozialismus sei „eine echte Chance für soziale Gerechtigkeit für den Menschen und für den Frieden“. In gleicher Weise hatte auch das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ über die Ansprache berichtet.

Beide Äußerungen sind aber weder wörtlich noch sinngemäß in der Ansprache enthalten, deren Wortlaut Hempel seinem Schreiben an die Mitarbeiter beigelegt hat. Diesem Text zufolge nannte Hempel das Verhältnis von wissenschaftlicher Theologie und vorfindlicher Kirche eine „notwendige Wechselbeziehung zweier unterschiedlich geprägter, aber zusammengehöriger Größen“. So sei die Kirche einerseits darauf angewiesen, daß die

Erzpriester nach 20.1.83 Moskau zurückgerufen

Evangelische Information
Berlin. Der in Ost-Berlin wohnende Hauptgeistliche an der russisch-orthodoxen Auferstehungs-Kathedrale in West-Berlin, Erzpriester Nikolai Petrow, ist überraschend in die Sowjetunion zurückgerufen worden. Er wird in Moskau an der Pfarrkirche zum Hl. Nikolai künftig wieder als Vorsteher amtieren. Erzpriester Nikolai kam 1979 von Moskau nach Berlin. Der Exarch des Moskauer Patriarchen, Erzbischof Melchisedek von Berlin und Mitteleuropa, gab der Gemeinde die Abberufung bekannt, ohne Erzpriester Nikolai bei seiner letzten Liturgie zu verabschieden. Durch den Weggang von Erzpriester Nikolai ist auch das Amt des Kanzlers des Mitteleuropäischen Exarchats des Moskauer Patriarchats in Ost-Berlin unbesetzt. Ungeachtet der Teilung Berlins werden bei der russisch-orthodoxen Kirche beide Ämter, das des Kathedralhauptgeistlichen in West-Berlin und das des Kanzlers in Ost-Berlin stets in Personalunion verwaltet.

Evangelische Information

theologischen Lehrer stellvertretend für sie „reflektieren, Impulse geben und Material aufbereiten“. Andererseits brauchten aber auch die theologischen Lehrer „die Realität der Kirche und ihrer Gemeinden“. Als Beispiele für Problemfelder, „bei deren Bearbeitung sich die wechselseitige Beziehung zwischen Theologie und Kirche heute bewähren kann und muß“, nannte Hempel die sozialistische Gesellschaft, die Friedensarbeit und die Säkularisierung.

Ehrendoktorwürde 22.1.83 für Bischof Hempel

Berlin. Der Dresdener evangelische Bischof Johannes Hempel ist am 18. Januar von der Leipziger Karl-Marx-Universität mit der theologischen Ehrendoktorwürde ausgezeichnet worden. Das geht aus dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ vom 19. Januar hervor. Hempel, der zugleich Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR ist, forderte in seiner Festrede „Verhältnis von Theologie und Kirche“ dem Blatt zufolge, die theologische Wissenschaft dazu auf, „Hilfe für die Einstellung der kirchlichen Arbeit auf den realen Sozialismus zu geben, der sich als echte Chance sozialer Gerechtigkeit für die Menschen und für den Frieden erwiesen hat“.

Gebiet und die von Hempel praktizierte Einheit von theologisch-wissenschaftlicher Forschung und kirchenleitender Tätigkeit.

An dem Festakt zur Verleihung der Ehrendoktorwürde nahmen u.a. der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, und der stellvertretende Minister für Hoch- und Fachschulwesen, Professor Engel, teil.

In seiner Laudatio hat, wie „Neues Deutschland“ weiter berichtet, Theologieprofessor Hans Moritz als Dekan die langjährige Verbindung Hempels mit der theologischen Fakultät der Leipziger Universität durch „vielfältige Förderung der Arbeit dieser Einrichtung und durch die akademische Lehre“ hervorgehoben. Moritz würdigte demnach zugleich das Wirken Hempels auf ökumenischem

12
P. 1.

Marxisten zitieren Christen

Unter dem Thema "Der sozialistische Staat und seine Grund- und Menschenrechte" ist in der neuesten Ausgabe der DDR-offiziellen "Deutschen Zeitschrift für Philosophie" (10/82) ein Aufsatz des Staats- und Rechtswissenschaftlers Eberhard Poppe (Halle) enthalten. In ihm legt der Autor die marxistische Auffassung von einer parteilichen Einstellung zu den Grund- und Menschenrechten dar. Obwohl der Beitrag nicht der Auffassung von der "Unteilbarkeit von Menschenrechten" folgt, wie sie in dem im vergangenen Jahr veröffentlichten Positionspapier aus dem DDR-Kirchenbund niedergelegt ist, eröffnet der Autor seinen Artikel mit dem folgenden Zitat aus dem genannten Papier:

"Die Menschenrechte sind keine christliche Erfindung. Sie sind vielmehr zu einer Zeit entstanden, als der Bürger gegen eine angeblich göttliche Ordnung der Welt aufzubegehren lernte, bei der die einen durch Geburt 'oben' und die anderen 'unten' waren und nach Gottes Willen zu bleiben hatten. Dagegen setzte der Bürger das Recht, das ihm als vernünftigem Wesen von Geburt an zustand und das ihn den anderen gleichmachte, welchen Standes sie auch waren. Er wollte sein Leben 'menschenswürdig' leben können und gegen ein unwürdiges und entfremdetes Leben protestieren." Diesen Feststellungen von Bischof D. Albrecht Schönherr ist zu folgen. (Zitiert nach der Einführung zu: Menschenrechte in christlicher Verantwortung. Hrsg. im Auftrag des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR von Ch. Lewek, M. Stolpe und J. Garstecki, Berlin 1980, S. 3)

gen vorgesehen. Außerdem sollen auf den Freiflächen altersspezifische und themenbezogene Veranstaltungen angeboten werden. An der Abschlußveranstaltung auf den Elbwiesen werden u.a. mehrere tausend Posaunenbläser und Chorsänger mitwirken. Für die Diskussionen in den Arbeitsgruppen hat die Stadt Dresden das Gelände vor dem Hygienemuseum zur Verfügung gestellt. Die Übernachtung der Teilnehmer soll zum größten Teil in Privatquartieren erfolgen. Neben Hotelplätzen sind zwei Zeltplätze reserviert worden.

Schon vom 12. bis 15. Mai wird in der Region Thüringen der erste der Kirchentage stattfinden. Einzelheiten über inhaltliche Arbeit gab jetzt der verantwortliche Kirchentagssekretär, Horst Greim (Eisenach), bei einem Pressegespräch in Weimar bekannt. Die Arbeitsgruppen werden sich auf fünf thüringische Städte verteilen. Das Gesamtleitwort "Vertrauen wagen" wurde hier in folgende Unterthemen aufgeteilt:

Kirchentagsvorbereitungen

Die Vorbereitungen für die sechs im Laufe des Lutherjahres 1983 geplanten Kirchentage in der DDR sind in vollem Gange. In Dresden, Eisleben, Erfurt, Frankfurt (Oder), Magdeburg, Rostock und Wittenberg wird mit Besucherrekorden gerechnet. Vom 7. bis 10. Juli finden Kongreß und Kirchentag in Dresden statt. Sie stehen unter der Losung "Vertrauen wagen - damit wir leben können". Die Losung soll in mehreren Arbeitsgruppen behandelt werden. Deren Themen stehen bereits fest:

- Die Christen und die anderen
- Familie zwischen Kirche und Schule
- Frieden ist teuer, aber bezahlbar
- Reformation der lutherischen Kirche im Lutherjahr
- Unsere Enkel wollen auch leben
- Auf den anderen zugehen, wo man miteinander auskommen muß
- Mit offenem Visier leben
- Ich bin mehr wert, als ich leiste
- Angst und Resignation, obwohl Gott nahe ist.

In Dresden rechnet man mit rund 100.000 Teilnehmern zu den Abschlußveranstaltungen. In einer Halle am Fučík-Platz ist eine große Kunstaussstellung vorgesehen. Der Vorbereitungsausschuß für den Kirchentag hat Maler, Grafiker, Bildhauer, Kunsthandwerker, Gebrauchsgrafiker und Fotografen eingeladen, sich mit Werken aus ihrem bisherigen Schaffen zu beteiligen. Der Kirchentagssonntag beginnt mit verschiedenartigen Gottesdiensten in den Dresdener Kirchen und auf drei Freiflächen der Stadt. Danach sind Vorträge und Diskussionen mit ökumenischen Gästen und Vertretern der Kirchenleitung

- Brücken schlagen zu dem, der anders ist (Arnstadt)
- In den Tiefen des Lebens (Weimar)
- Fantasie für den Frieden (Sömmerda)
- Weichen stellen für morgen (Gotha)
- Die Reformation der Kirche liegt vor uns (Erfurt).

Den bekannten "Markt der Möglichkeiten", bei dem sich verschiedene kirchliche Aktivitäten mit eigenen Ständen vorstellen können, soll es in Thüringen als "Lutherjahr-Markt" ebenfalls geben. Ein ständiges Büro des Evangelischen Kirchentages der Region Thüringen arbeitet bereits. Es befindet sich in der Allerheiligenstraße 9 in Erfurt und ist auch telefonisch unter der Nummer Erfurt 22410 zu erreichen. Anlaufstelle für den Dresdener Kirchentag ist der Landesausschuß in 8030 Dresden, Am Trauchauer Bahnhof 6 b.

Kirche im Sozialismus.

2.
4

persoverzicht

(Het overnemen van artikelen of gedeelten van artikelen in deze rubriek betekent niet, dat de redactie zich daarmee uitspreekt over de inhoud.)

In gesprek met Bé Ruys: Marx en Lenin moeten worden beklopt met vragen van onze tijd

(Jos Teunissen,
Hervormd Nederland, 25 december 1982)

"Er is vanuit het Oostblok zeer nadrukkelijk naar de opkomende vredesbeweging in het Westen gekeken. Ik denk dat ze zich in het algemeen een beetje miskend hebben gevoeld. De westerse vredesbeweging heeft verzuimd te onderzoeken wat ze daar voor gedachten hebben; ze is meteen op de dissidenten gesprongen, met het idee dat wat zich daar boven de grond afspeelt, nooit goed kan zijn. Ze wil gewoon niet de eigen realiteit van het politieke leven in die landen waarnemen."

Bé Ruys heeft als predikante ruim 33 jaar zowel in West- als in Oost-Berlijn gewerkt. Haar huis, in de jaren vijftig genoemd naar Hendrik Kraemer (de pionier van de dialoog), is voor de Nederlandse gemeente in West-Berlijn altijd een belangrijk centrum geweest voor studie van de marxistische vormen en tradities; geen kerkelijk centrum of evangelische academie, maar "een betrekkelijk bewegelijk oecumenisch centrum", zoals Bé zegt. (...)

Wat is volgens u het probleem bij het vredeswerk in de Oosteuropese landen?

"Dat hangt ervan af hoe je vredeswerk definieert. Wat nu gebeurt, of zou moeten gebeuren, is de doordinking aan de basis (scholieren, studenten) van wat zich binnen de staat afspeelt. Dat is nodig omdat je in die landen een proces ziet dat de Sowjet-Unie op internationaal gebied probeert te verfijsen. Dat proces is dat de politiek van die landen seismografisch reageert op datgene wat Reagan en de Navo doen. Hun politiek gaat ervan uit, dat onder alle omstandigheden de vrede bewaard en er ontwapend moet worden, maar dat tegelijkertijd de opbouw van de eigen samenleving moet worden benadrukt. Kennelijk zijn die dingen ontzaglijk moeilijk te combineren. Het geëngageerd zijn met hun volkeren hebben ze daarom nodig.

Wat er binnen de socialistische landen aan vredesstrijd moet gebeuren is, dat de vredesgroepen op dit punt intensief meewerken met de partijleiding en regering en proberen dat internationaal te verkondigen. Dan kunnen er vragen opkomen als: wat zouden we vervolgens kunnen doen? De tendens is doorgaans, dat ze er juist andere accenten tegenover zetten die ze uit de vijand halen, dus meer een ontwikkeling in dissidentenrichting. Terwijl je in de

kerkelijke vredesbeweging ziet dat het woord vrede er eigenlijk maar toevallig bijhoort. Het is daar meer: we willen een soort alternatieve maatschappijvorm of leuk jeugdwerk en niet zo verschrikkelijk over die vragen nadenken.

Wat zich in de DDR als vredesbeweging aandient en ook door het IKV zo wordt genoemd, is eigenlijk helemaal geen vredesbeweging. Ze moet ernstig worden genomen in de zin van: jongelui die eer manier zoeken om zichzelf te ontdekken. Zoiets. Maar jeugdleiders en predikanten moeten daar natuurlijk niet aan toegeven; ze moeten niet zeggen: als jij nou net zo'n vlaggetje omhoog houdt als ze in Amsterdam doen, dan ben jij een geweldig strijder voor de vrede. Nee, ze moeten zeggen: dan ben jij bezig te zoeken wie je bent.

We hadden laatst een grote Vredesdecade, geen -week, zoals de Kirchentage. Tien dagen lang, zondags begonnen en woensdags het slot. Aan het eind worden de klokken geluid. Het is één uur 's middags. Dan hoor je eerst de sirenes en dat betekent dan 'oorlog', en daarna die kerkklokken: 'vrede'. Zo'n decade stelt niets anders voor dan liederen zingen. Niks geen informatie, geen discussie. De jongelui hadden een heel fijne avond. Maar zoiets moet je geen vredesavond noemen. Wanneer iemand uit Nederland daar toevallig binnen zou komen, gaat ie later in Nederland vertellen hoe geweldig het was, hoe vrij die mensen wel niet zijn, en dat wij ook maar die avonden moeten organiseren".

Wat stelt het vredeswerk daar dan wèl voor?

"Het bestaat daar helemaal niet zoals het hier bestaat, in de zin van: politiek nadenken en concrete actieplannen maken. Het politieke meedenken met de regering en haar plannen is er in de socialistische landen altijd al geweest.

Er is altijd al een beweging geweest die kritisch bezig was met de politiek van het eigen land in het kader van de wereldpolitiek, die de accenten van deze vredespolitiek — gerechtigheid, strijd tegen armoede, racisme — ondersteunde. Daarom voelen mensen als Schönherr zich altijd beledigd als ze op rondreis door West-Duitsland of waar ook horen praten over de nieuwe vredesbeweging in het Oosten. Er is helemaal geen nieuwe vredesbeweging; men heeft het altijd al gedaan".

Waar dienen die bezoeken van delegaties uit Oost-Europa dan toe?

"Delegaties uit Oost en West bezoeken elkaar. Ze spreken over de aanliggende vragen. Of er wordt over vredeswerk in engere zin gesproken, omdat het aldoor in de lucht hing, dat het IKV in de DDR zoiets als zichzelf wilde gaan oprichten". (...)

Götz Planer - Friedrich

Kirchenzugehörigkeit ohne Taufe?

Wandlungen in DDR-Gemeinden

Die Kirchen in Ost und West tun sich mit einer flexibleren Taufpraxis angesichts veränderter Verhältnisse in ihren Gemeinden recht schwer. Im DDR-Kirchenbund hat es verschiedentliche Initiativen und Diskussionsvorstöße gegeben, die von anderen wieder gehemmt wurden. Auf dem Wege zur "Vereinigten Evangelischen Kirche in der DDR" dürfte es noch genug Zündstoff geben, bis ein einheitlicher Standpunkt zwischen allen Landeskirchen, Lutheranern und Unierten erzielt wird. Angesichts der Dringlichkeit, auf die neue Situation einzugehen, hat die Konferenz der Kirchenleitungen schon 1972 einen Facharbeitskreis für Tauffragen eingesetzt, dessen Arbeitsbericht am 15. November 1977 im Amtsblatt der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen veröffentlicht wurde. In der "Christenlehre" 3/77 gab damals Gottfried Forck einen Bericht über den Stand der Taufdebatte

Im Frühjahr 1981 stellte die Berlin-brandenburgische Synode (Ost) die Erwachsenentaufe der Kindertaufe gleich. Dies löste heftige Kritik bei der Lutherischen Kirchenleitung aus, die Anfang dieses Jahres betonte, sie wolle keine Abwertung der Kindertaufe. Die Frühjahrssynode 1982 von Berlin-Brandenburg in Ost-Berlin lehnte es ausdrücklich ab, auch Ungetauften den Zugang zum Abendmahl zu ermöglichen. Man konnte und wollte nicht die problematische Praxis legitimieren, wenn sich z.B. bei Jugendveranstaltungen nichtchristliche Besucher am Abendmahl beteiligen.

Der nachfolgende Beitrag des Leiters der Theologischen Studienabteilung beim Kirchenbund, Götz Planer-Friedrich, soll Einblicke in die gegenwärtige Situation ermöglichen. Die ungekürzte Fassung seiner Untersuchung erscheint voraussichtlich Mitte nächsten Jahres im Sammelband "Taufe und Kirchenzugehörigkeit. Studien zur Bedeutung der Taufe für Verkündigung, Gestalt und Ordnung der Kirche", herausgegeben von Christine Lienemann-Perrin im Christian-Kaiser-Verlag München. Die Studien sind im Zusammenhang eines Forschungsprojektes der Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg entstanden.

Ein Taufgottesdienst auf dem Land

Pfarrer N. beschreibt ausführlich die Vorbereitung einer Taufe in seinem Filialort G. im Kreis Weimar.

Die Kirchengemeinde G. zählt ca. 220 evangelische Gemeindeglieder, das sind etwa 95 Prozent der Einwohner des Ortes - ein für die kirchliche Situation der DDR ganz ungewöhnlich positives Zahlenverhältnis. Von 106 Kirchensteuerpflichtigen verweigern 12 (1979) die Zahlung. Die Kirchengemeinde hat 1973 ihre Kirche renoviert und restauriert, einen Gemeinderaum eingebaut, eine Orgel und eine neue Glocke beschafft. Die Kirche bietet jetzt das farbenprächtige Bild des bäuerlichen Barock des 18. Jahrhunderts. Alle finanziellen Mittel dafür hat die Gemeinde selbst aufgebracht.

Der Ort war ursprünglich ein reines Bauerndorf mit volkshilflichen Struk-

turen. Seit der Gründung der LPG (16) (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) verändert sich das gesellschaftliche Gefüge schnell. 1979 arbeiteten nur noch 10 Prozent der Einwohner im Ort, 40 Prozent in landwirtschaftlichen Betrieben außerhalb des Ortes und 50 Prozent in Industriebetrieben, die bis zu 20 km entfernt liegen. Die jungen Leute arbeiten fast durchweg nicht mehr in der Landwirtschaft.

Diese Entwicklung hatte Auswirkungen auf das kirchliche Leben. Von 1960 bis 1970 gingen die Gottesdienstbesuche kontinuierlich zurück. Erstmals gab es Kirchensteuer-Zahlungsverweigerer, und einige Kinder wurden nicht getauft. Erdbeistattungen wurden immer weniger, weil die Tradition der Nachbarschaftshilfe (Grabschaufeln, Sargtragen usw.) nicht mehr funktionierte. Aus bereits entkirchlichten Orten zogen beziehungswei-

se heirateten Nichtkonfirmierte in den Ort. Die kirchlichen Trauungen gingen zurück.

Seit 1970 ist dieser Prozeß zum Stillstand gekommen. Jetzt sind wieder fast alle Kinder getauft und werden konfirmiert. Die Zahl der Gottesdienstbesucher ist angestiegen, was aber auf zahlreiche Sondergottesdienste zurückzuführen ist. Es gibt jetzt einige aus dem üblichen volkskirchlichen Verhalten herausragende aktive Gemeindemitglieder.

Noch ist aber der Pfarrer der alleinige Initiator aller Aktivitäten in der Gemeinde. Ihm wird vor allem ein ständiger Besuchsdienst abverlangt.

Die Vorbereitung einer Taufe in G. gestaltet sich folgendermaßen:

Im Jahr 1978 bringen die Dorfkinder ein dem Pfarrer unbekanntes Mädchen (1. Schulklasse) mit in den Christenlehreunterricht. Nachforschungen ergeben, daß das Mädchen (J.) die Tochter einer geschiedenen Frau ist, der im Ort in einem leerstehenden Bauernhaus eine Wohnung zugewiesen worden war. Sie stammte aus einer norddeutschen Stadt, war selbst nicht konfirmiert und hatte nach Thüringen geheiratet. Ihr Entschluß, in Thüringen zu bleiben, hing damit zusammen, daß sie in ihrer Heimatstadt kaum mit Wohnraum rechnen konnte. Außer J. war noch ihr vierjähriger Junge (R.) bei ihr. J. erscheint regelmäßig im Christenlehreunterricht. Sie bringt zu verschiedenen Gottesdiensten auch ihren kleinen Bruder mit. Im Christenlehreunterricht kommt auch des öfteren die Taufe zur Sprache. J. und R. erleben auch einige Taufgottesdienste von Kleinkindern, an denen üblicherweise fast alle Kinder des Ortes teilnehmen. Im Sommer 1979 bittet die Mutter den Pfarrer erstmals um die Taufe ihrer beiden Kinder.

Bei diesem und nachfolgenden Gesprächen kommt häufig die schwierige Situation der Mutter zur Sprache. Sie begründet den Wunsch, die Kinder taufen zu lassen, mit dem Anliegen, ihre Kinder nicht aus der Gruppe der getauften Kinder auszuschließen. Die Kinder hatten vor Jahren an der sozialistischen Namensgebung teilgenommen. Sie selbst wisse nichts über die Kirche und könne das, was sie erfahren habe, auch nicht glauben. Der Pfarrer rät ihr, mit der Taufe der Kinder noch zu warten, um ih-

re eigene Position erst genauer bestimmen zu können. Bei weiteren Begegnungen bittet die Frau den Pfarrer immer eindringlicher, die Kinder doch endlich zu taufen. Es wird vereinbart, die Kinder dann zu taufen, wenn sie für jedes der Kinder mindestens einen Paten gefunden hat, der im Ort wohnt und zur Kirche gehört. Es stellt sich heraus, daß der Pfarrer dabei helfen muß. Die alte Regel, daß man die Bitte um Patenschaft nicht ausschlagen darf, ist nicht mehr gültig. Der Pfarrer sucht das Gespräch mit den Paten.

In der Christenlehre wird nun mit den anderen Kindern der ersten bis dritten Klasse die bevorstehende Taufe von J. und R. vorbereitet. Die Stundenbilder sind auf das Thema Taufe abgestimmt. Die Kinder lernen Lieder, die sie zur Taufe singen werden. Es wird vereinbart, ein kleines Geschenk für die Tauflinge herzustellen.

Die schon getauften Kinder werden jetzt auf ihre Taufe sehr stolz. J. freut sich sehr auf ihre Taufe. Nach einer Christenlehrestunde spielen die Kinder sehr feucht und fröhlich am Dorfteich Taufe.

Der Tauftermin ist der 2. Advent. Der Hauptgottesdienst soll zum Taufgottesdienst werden. Jedes Kind hat eine Kerze vorbereitet, um die eine bunte Schleife gebunden ist. Kurzfristig meldet noch ein Ehepaar aus einer entfernter liegenden Kleinstadt eine Taufe an. Da der Ehemann den Pfarrer persönlich kennt, bittet er ihn, seinen siebenjährigen Sohn zu taufen. Er will sein Kind nicht am Wohnort taufen. Aber der zuständige Ortspfarrer stimmt dem Vollzug der Taufe in G. schriftlich zu.

Der Taufgottesdienst findet am 9. Dezember um 10 Uhr statt. Zunächst verläuft der Gottesdienst nach der agendarischen Form, wie es in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen vorgesehen ist. Nur die Predigt entfällt. An ihrer Stelle findet die Taufhandlung statt.

Zum Gottesdienst sind alle Kinder des Ortes erschienen, etwa zehn erwachsene Gemeindeglieder, dazu die Eltern der drei Tauflinge. Die Kirche wirkt dadurch gut besetzt (etwa 45 Personen in einer Dorfkirche).

Die Taufansprache gestaltet sich als